

Berufsverbote, Opportunismus, Subjektentwicklung*

Als die Berufsverbote Teil der bundesrepublikanischen und — etwas später — der Westberliner Wirklichkeit wurden, haben die Berufsverbote, also die, die dieses Instrument ersonnen haben, damit auf eine bestimmte Entwicklung *reagiert* und sie haben sich etwas dabei *gedacht*.

Reagiert haben sie auf das Agieren, die Aktionen einer in der Gesamttendenz durchaus im Aufschwung befindlichen demokratischen und sozialistischen Intelligenz. Nicht, daß es in der deutschen Geschichte keine linken oder marxistischen Intellektuellen gegeben hätte. Aber wer kann sich Karl Kautsky oder Franz Mehring z.B. als Universitätsprofessoren vorstellen? An Marx und Engels sein Denken zu orientieren, hieß im Kaiserreich Verzicht auf eine Hochschullaufbahn. In der Weimarer Republik gab es an den Hochschulen nur einen *einzigsten* Marxisten, seiner Herkunft nach Austromarxist, der sich nach der Novemberrevolution bis zu seiner Emeritierung halten konnte, ohne allerdings einen marxistischen Nachfolger durchsetzen zu können: Carl Grünberg, Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Marxistische studentische Kleinstzirkel zerfielen in der Nazizeit. Nach dem zweiten Weltkrieg machte die Ende der 60er Jahre ausgegebene Parole »Marx an die Uni« deutlich, daß selbige bis dahin faktisch marxistenfrei geblieben war (vgl. hierzu: Wolfgang Abendroth, Der Weg der Studenten zum Marxismus, in: Max Schäfer (Hrsg.), Die DKP — Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt/M. 1978, S.157-166). Daß im Gefolge der Studentenbewegung eine demokratische und sozialistische Intelligenz sich herausbildete und nicht nur an den Hochschulen tummelte, sondern nach Abschluß ihrer Examina auch noch in die Berufe drängte, war, sieht man von der DDR ab, ein deutsches Novum. Damit ist die Entstehung der Berufsverbote natürlich nicht erklärt, aber einer ihrer Aspekte angesprochen, an dem im übrigen in besonderer Weise deutlich wird, daß die Berufsverbote seitens der Herrschenden eine *Defensivmaßnahme* sind, eine, wie ich finde, in manchen Situationen durchaus ermutigende Überlegung.

Aber die Berufsverbote haben, wie ich schon sagte, nicht nur reagiert, sie haben sich bei diesem Instrument auch etwas gedacht; nämlich bestimmte Leute herauszugreifen und so mit ihnen abzurechnen, daß es den anderen eine Lehre sei, daß sie einsehen mögen, daß sie

* Beitrag für die »Volksuni«, Pfingsten 1981, in Westberlin

mit ihrem Engagement ein persönliches Risiko eingehen. Und wenn sie sich bei der Observierung der von ihnen Verfolgten etwas von deren Erkenntnisbestand angeeignet haben, haben sie sich vielleicht noch gedacht, daß eine noch in den Kinderschuhen steckende Intelligenz ohne lang gewachsene historische Kampferfahrung ein besonders günstiges Objekt für Einschüchterungsversuche ist, vor allem wenn ihre Vertreter qua Examen dem »radikalisierenden« und solidaritätsträchtigen Umfeld Hochschule entwachsen sind, zumal sie doch auch einer Schicht angehören, die, traditionell als »schwankend« bezeichnet, für ihre Wankelmütigkeit bekannt geworden ist, dafür, die historische Tendenz zu haben, »ihre wertvolle Haut zu salvieren«, wie Engels sich ausdrückte (MEW 16, S.398). Kurz, was immer wer sich im einzelnen gedacht haben mag: *die Berufsverbote haben mit dem Opportunismus kalkuliert*. Daß gegen die Berufsverbote ein beeindruckender Kampf von in der Tat internationalem Ausmaß in Gang gekommen ist, daß beachtenswert viele Leute den Berufsverbietern die Stirn geboten haben, ändert nichts daran, *daß die Rechnung der Berufsverbote auch in beachtlichem Ausmaß aufgegangen ist*. Ehmke z.B. sprach von einem durch die Berufsverbote ausgelösten »Klima der Denunziation«, Willy Brandt bezeichnete die Berufsverbote als »Irrtum«. (Aber bestimmte Irrtümer halten sich bekanntlich sehr zäh.) In dieser Brandt-Äußerung mag einiges an Taktik stecken, die Bewegung aufzufangen; sicher ist sie ein Reflex auf den Kampf gegen die Berufsverbote. Aber sie ist m.E. noch mehr: Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale braucht nicht für den Sozialismus zu sein. Im Gegenteil, es geht vielmehr gegen den real funktionierenden Sozialismus, um den — untauglichen — Versuch der Schaffung eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Dieses Konzept erfordert aber eine, sagen wir vereinfacht, integrationistische Variante der Herrschaftsausübung und -sicherung, den immer komplizierter werdenden Versuch, die Beherrschten mit deren aktiver bis kritischer Zustimmung zu beherrschen. Diese Gesellschaftsvorstellung schließt innovatorisches, kritisches, sog. kreatives, frustrations- und ambiguitätstolerantes etc. Denken ein — also die Kritik und Veränderung von Zuständen, eine Weiterentwicklung *im Rahmen* des status quo. Zusammenfassend könnte man von einer Art *gebremster kritischer Handlungsfähigkeit* sprechen.

Ich bin nun der Auffassung, daß sich die Berufsverbote, zumindest die, die der skizzierten Gesellschaftsvorstellung der Humanisierung des Kapitalismus, ohne seine Grundlagen anzutasten, anhängen, insofern mit ihrem Geschäft mit Opportunismus und Angst *verkalkuliert* haben, als die Wirkung dieses Instruments über das erwünschte Maß hinausgeht: daß die bewirkte Einschüchterung, daß das bewirkte Sichzurückziehen ein die Vorstellungen vom humanen Kapitalismus und sei-

ner *systemimmanent* kritischen Lebens- und Denkweise unterschreitendes Ausmaß angenommen hat. Der erwünschte Prozeß des Ausla-
vierens von Kritik und Zustimmung wäre so nicht zustandegekommen,
das Konzept der langen Leine hätte so nicht funktioniert. Damit hätten
die Berufsverbote aber einen *doppelten unerwünschten Effekt*: erstens
die internationale Bewegung dagegen, zweitens die mehr oder weniger
massenhafte Hypostasierung von auch im Herrschaftsinteresse im ge-
schilderten Sinne überflüssigen Anpassungsgeboten, die letzten Endes
nur der Reaktion nützen. Die Situation ist eben so widersprüchlich.

Ich will dieser Frage nun nicht weiter nachgehen, sondern meine
Hypothese nur als Hinweis auf das Ausmaß der für uns, die linke Bewe-
gung, keineswegs günstigen Wirkung der Berufsverbote nehmen und
im folgenden zunächst einige empirische Daten zu dieser Frage zur
Kenntnis geben. (Ich beziehe mich dabei auf ein Übersichtsreferat des
Bielefelder Psychologen Hans Hermesen, das dieser auf der Tagung der
Sektion Politische Psychologie des BDP, die vom 25. bis 27. September
1980 in Mannheim stattfand, vorlegte.)

In einer Fragebogenuntersuchung der »Kommission Berufsverbote
der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie« unter Wissen-
schaftlern wurde deutlich, daß angesichts der Vielfalt und Willkür von in
Anhörungen von Betroffenen gemachten Vorwürfen Unsicherheit in
Richtung Selbstzensur, Resignation und Rückzug ins Privatleben auf-
traten. Dieselbe Kommission führte auch eine Befragung an allen Stu-
dien- und psychologischen Beratungsstellen durch, nach der je 80 bis
92 % der befragten Berater Auswirkungen sahen auf das »Studierver-
halten« der Studenten (womit etwa die politisch motivierte Selektion
von Prüfungsthemen etc. gemeint ist), auf hochschulpolitische Aktivitä-
ten der Studenten, auf die psychotherapeutische Arbeit selbst (etwa
Mißtrauen der Studenten), auf die eigene Arbeit der Berater und auf die
Art der psychischen Probleme der zur Beratung kommenden Studen-
ten. In dieser Untersuchung wurde auch festgestellt, daß der Zwang zu
fortwährendem taktischen Verhalten zu belastenden Kommunikations-
schwierigkeiten führe. Ähnliche Ergebnisse gab es bei einer Umfrage
der Gewerkschaft GEW in Nordrhein-Westfalen, die unter gewerk-
schaftlich organisierten und orientierten Hochschulangehörigen veran-
staltet wurde und bei der z.B. 13 % *dieser* Kollegen ausdrücklich ihre
nachlassende Bereitschaft bekundeten, politische Stellungnahmen ab-
zugeben; 54 % gaben an, verunsichert zu sein etc. Es ergab sich im
übrigen auch, daß gerade aktive Kollegen mehr über Repressionsmaß-
nahmen wissen und daher auch eher »Präventivmaßnahmen« ergrei-
fen, um derartigen Repressionen zu entgehen, ohne unmittelbar be-
rufsverbotsbetroffen zu sein.

Eine Untersuchung eines Projekts des Oberstufenkollegs Bielefeld,

in der als Vertreter des Kultusministeriums sich ausgebende Personen dem zweiten Teil von Unterrichtseinheiten von Lehramtsanwärtern beiwohnten, ergab eine deutliche Zurücknahme und Relativierung kritischer Positionen unter dieser Bedingung. Ein anderes Projekt des Bielefelder Oberstufenkollegs führte Interviews mit Mitgliedern des Lehrkörpers durch und machte in der Auswertung verschiedene Formen der Konfliktabwehr aus, d.h. verschiedene Formen, das nachlassende politische Engagement anscheinend oder eben scheinbar einsehbar und vernünftig zu begründen. Ich möchte aus dieser Untersuchung zwei Aussagen von Interviewten zitieren, die mir typisch zu sein scheinen: »Es wird doch in unserem Staat deutlich, daß größere Bewegungen kaum Chancen haben, erfolgreich zu sein. Die Umweltschutzbewegung ist doch schon groß und trotzdem ist der Erfolg nicht in Sicht. Wieviele Berufsverbote werden ausgesprochen und was nützt der Protest? Viele machen doch schon den Mund nicht mehr auf. Ich denke, daß bei uns die Mächtigen die Fäden in den Händen haben und wir erst mal schachmatt gesetzt sind. Ich habe keine Hoffnung, daß dies sich ändert. Ich sehe auch keine Partei oder Gruppe, die Aussicht auf Erfolg hätte, mehr Leute zu bewegen. Ich arrangiere mich und entwickle meine Bedürfnisse. Es geht mir nicht schlecht ...«

Ein anderer äußerte sich folgendermaßen: »Eigentlich möchte ich nicht mehr über die Vergangenheit reden. Ich war als studentischer Vertreter in den Hochschulgremien und habe dort aktiv für Veränderungen gekämpft. Ich habe große Töne von Mitbestimmung, gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze geredet. Ich hielt es vielleicht damals auch für wichtig. Ich stehe dem Ganzen etwas skeptischer gegenüber. Die Notstandsgesetze haben doch nicht die Gefahr gebracht, wie ich sie gesehen habe. Das Klima ist doch immer noch tolerant. Der Krieg in Vietnam ist zwar zu Ende, dafür sind es jetzt die Vietnamesen, die das Volk unterdrücken, andere Völker bekriegen. Dafür kann ich mich heute nicht mehr engagieren. Das Flüchtlingselend spricht doch deutlich dafür, daß dort alles anders läuft, als ich mir das vorgestellt habe. Ich bin jetzt Assistent und habe mein Auskommen. Eine weitere Stelle ist mir zugesichert worden, wenn meine Doktorarbeit abgeschlossen ist. Und Berufsverbote ... klar, das ist eine schlimme Sache. Ich würde mich daher auch nicht mehr organisieren. Wer sich nicht organisiert, hat ja auch nicht die Schwierigkeiten ... Nur wer DKP-Mitglied — aktiv auch noch — ist, kriegt doch keine Stelle. Ich glaube, da kann man nichts gegen machen. Der Staat ist doch der Stärkere. Ich kenne auch Leute von der DKP, die halten sich dementsprechend auch zurück. Das finde ich richtig. Eine Zeit lang sich zurückzuhalten, vielleicht später, wenn die Verhältnisse andere sind, kann man wieder stärker politisch arbeiten ... Für mich ist meine Existenzgrundlage wich-

tig. Ich bekomme ein Kind, na ja, das ist das enorm wichtig ... politisches Engagement will ich nicht ausschließen, kommt darauf an, wofür.«

Was hier besonders drastisch formuliert wird, in seltener Offenheit und Ehrlichkeit, dürfte im Prinzip jedem von uns bekannt sein, die je persönliche Mischung aus Rationalisierung, der Nutzung bürgerlich ideologischer Angebote zur eigenen Vergangenheitsbewältigung, materiellen Verpflichtungen, der abwehrenden Entwichtigung des eigenen Engagements etc. Ich will darauf jetzt an dieser Stelle nicht im einzelnen eingehen. Überhaupt haben die geschilderten qualitativen und quantitativen Daten keinen Beweischarakter. Ich habe sie zur *Veranschaulichung* dessen herangezogen, was im Grunde jeder weiß oder ahnt.

In seinem Roman »Die Hexenjagd« formuliert Peter de Lorent mehrfach: »Die Berufsverbote erfüllen ihren Zweck.« Er fügt hinzu: »Es sind nicht nur die Betroffenen, die eingeschüchtert werden sollen.« In diesem Buch, das eine Art autobiographischer Bericht ist, ist auch von drei Fällen die Rede, in denen die Betroffenen unter dem Druck der Berufsverbotesituation aus der DKP ausgetreten sind. In einem Gespräch über Berufsverbote nach der Veröffentlichung seines Buches sagt derselbe Autor: »Es gibt viele Beispiele, wo Genossen, als sie betroffen waren, am Anfang sagten, nachdem sie die anderen Anhörungsprotokolle gelesen hatten: Das kann ich nicht, das stehe ich nicht durch. Und es hat sich gezeigt, daß bisher jeder durchgehalten hat ...«

Was hier in den Aussagen einer Person sich verdeutlicht, ist m.E. ein zentrales Problem der Berufsverbotebewegung, zumindest der mit ihr sympathisierenden Publizistik: Die *Entwichtigung, Vernachlässigung oder Verleugnung des Opportunismusproblems* mit dem Ziel, dadurch dem Kampf zu nützen, oder anders gesagt, ihn nicht zu behindern, indem man den Blick auf »persönliche Schwächen«, das »Versagen« »einzelner« o.ä. richtet und damit möglicher Entmutigung noch Vorschub leistet. (Der Umstand, daß von denen, die sich erst einmal so weit vorgewagt haben, daß sie überhaupt in ein Berufsverboteverfahren geraten, die meisten »durchhalten«, wird dabei als Stütze für die Behauptung der empirischen Irrelevanz des Opportunismusproblems herangezogen, also dafür, daß es sich bei denen, die »umfielen«, nur um eine kleine — in dieser Art der Argumentation nun nicht völlig geleugnete — Minderheit handele, die nicht hochzujubeln sei. Damit aber redet man sich am Zentralproblem vorbei: daß es nämlich viele gar nicht so weit kommen lassen, in die Berufsverbotsmühle zu geraten.)

Da, wo Mut gemacht werden soll, wird das Durchhalten propagiert; nur da, wo die Infamie des Gegners gezeigt werden soll, werden die schlimmen Folgen sozusagen konzidiert bzw. als andere Art von Mobi-

lisierungsgrund genannt. Wo Einzelfälle behandelt bzw. publizistisch dargestellt werden, wird man den Fall eines, der nicht durchgehalten hat — sicher mit dessen Einverständnis — kaum finden. Bei der (Selbst-)Darstellung derer, die sich nicht haben unterkriegen lassen, besteht eine starke Tendenz, ihre psychischen Schwierigkeiten bestenfalls zu konzedieren, ohne aber einen bewußten psychischen Verarbeitungsprozeß in verallgemeinerbaren Zügen aufzuzeigen, d.h. sie zu bagatellisieren. Psychische (Verarbeitungs-)Prozesse werden damit tendenziell zu einem bloßen Epiphänomen, das bestenfalls als Störvariable in Erscheinung tritt. Dies würde aber z.B. bedeuten, daß, wenn die Betroffenen wirklich mit erheblichen psychischen Problemen zu kämpfen haben, sie damit allein bleiben und sich damit womöglich noch selber voneinander isolieren.

Wir sind jetzt aber allmählich mitten im Thema, dem psychischen Konflikt in der Berufsverbotesituation.

Ich werde im folgenden zu zeigen versuchen, daß die Vorgehensweise, der Bewegung gegen die Berufsverbote durch Absehen vom Opportunismusproblem zu dienen, ihr in Wirklichkeit einen Bärenienst erweist: Nicht nur deshalb, weil ohnehin jeder weiß, daß dieses Problem besteht, es quasi ein (für Freund und Feind) offenes Geheimnis ist, sondern auch (und vor allem), weil es ausgesprochen *nützlich* für den Kampf ist, auch die *subjektiven* Kampfbedingungen (mit subjektwissenschaftlichen Erkenntnismitteln) zu analysieren, dabei u.a. auch in der Frage des Opportunismus der Wahrheit die Ehre zu geben und *damit* Bedingungen mitschaffen zu helfen, dieses »Problem« zu minimieren.

Den angedeuteten Arten der *Absehung vom Opportunismusproblem* gemeinsam ist eine *abstrakte Entgegensetzung von opportunistischem Nachgeben und unerschütterlichem Durchhalten, besser noch: von Opportunisten und Durchhaltern*. Bevor ich hierauf näher eingehe, ist indes noch eine terminologische Klärung vorzunehmen.

Ich hatte zu verdeutlichen versucht, daß die *Berufsverbote als Instrument zur Erzeugung opportunistischer Haltungen* durchaus erfolgreich sind. Dabei ist zu beachten, daß hier mit »Opportunismus« nicht ein in seinen historischen Entstehungsbedingungen erklärbares System von theoretischen Auffassungen gemeint ist, dessen Gemeinsamkeit in Abweichungen vom Marxismus besteht, sondern, davon zwar nicht zu trennen, wohl aber zu unterscheiden, ein Rückzugsverhalten von Individuen, ein Nichtrealisieren »eigentlich« erkannter subjektiver Handlungsnotwendigkeiten aus Scheu vor den damit notwendig verbundenen Risiken, ein Verhalten also, das, wenn nicht mit dem Opportunismus als politischem System identisch, sich indes zu seiner Begründung, vor allem wenn es im unmittelbar politischen Raum auf-

tritt, vielfältiger Ideologeme des Opportunismus, verstanden als Sammelbegriff für bestimmte politische Strömungen, versichern kann (vgl. dazu: Ute H.-Osterkamp, Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit, in: Forum Kritische Psychologie 3, 1978, S.13-90, hier bes. S.58ff.). Als eine der Bedingungen, die in besonderem Maße anfällig für derartige und derart sich versichernde opportunistische Haltungen macht, hatte ich die Situation des (intellektuellen) Kleinbürgers genannt, der sich Privilegien gegenüber der Arbeiterklasse, auch eine gewisse Selbstständigkeit bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den Mächtigen, zu erhalten versucht: also die potentielle Situation von unsereinem, wenn ich die Mehrzahl der Teilnehmer hier sozial richtig einschätze. Wenn sich auf diese Art von Leuten meine Analyse beschränkt, ist damit natürlich nicht gemeint, daß Berufsverbote eine akademische o.ä. Domäne wären.

Als Instrument zur Erzeugung opportunistischer Haltungen sollen die Berufsverbote bzw. will die Drohung damit seitens der Herrschenden die genannten Rückzugstendenzen, Ängste, Sorgen etc. mobilisieren und *dominant* werden lassen. Das in letzter Instanz *ökonomisch* zu erklärende *politische* Instrument Berufsverbote zielt also auch auf *psychische* Prozesse. Diese zuvörderst sollen hier analysiert werden.

Einer der Standardsprüche von Clint Eastwood im Italo-Western »Zwei glorreiche Halunken«, der in der Studentenbewegung eine nicht unerhebliche Rolle spielte, jedenfalls in der Bonner, lautete: »Es gibt zwei Kategorien von Menschen ...«, z.B. Sieger und Besiegte oder welche mit und welche ohne Colt usw. Dieser Spruch formuliert eigentlich eine zentrale Denkfigur der bürgerlichen mainstream-Psychologie. Dort gibt es zwar nicht notwendig zwei, aber doch Kategorien von Menschen, die auf bestimmten Dimensionen in ihrem Verhalten zu orten sind. Kognitive Stile sind ein schönes Beispiel dafür. Gemäß dieser Denkweise gibt es auch bezogen auf die Dimension (potentielle) Betroffenheit durch Berufsverbot — in diesem Fall sogar genau *zwei* —, *Kategorien von Menschen: Opportunisten und Durchhalter*, die sozusagen unabhängig voneinander variieren.

Damit wird aber das, was jeder sieht: manche kippen um, manche halten durch, nur festgestellt, nicht aber erklärt. Der Prozeß, der sich in *jedem einzelnen* abgespielt haben muß und als dessen Resultat sein Verhalten erscheint, bleibt außen vor. (Dies wird übrigens dadurch begünstigt, daß dieser Prozeß gemeinhin als Privatsache gilt, so daß in der Tat auch nur das Ergebnis erfahrbar wird, sich also die Betroffenen in ihrer Bewältigung derartiger Prozesse in einem gewissen Ausmaß isolieren. Ich komme darauf zurück.) Dieses Denken in Kategorien ist deshalb so problematisch, weil dabei — in unserem Fall — Opportunismus und Durchhalten den Betreffenden wie *Eigenschaften* angehef-

tet werden, denen sie quasi unentrinnbar ausgeliefert sind, die ihr Verhalten vorherbestimmen. Diese Denkweise ist deshalb *gefährlich*, weil sie *handlungsunfähig* macht. Wenn Leute so *sind*, dann ist eben nichts zu ändern. Man wird auf diese Weise leicht blind dafür, daß in *jedem beide* Möglichkeiten stecken, daß sich bei jedem ein Entscheidungs- und Verarbeitungs- oder eben Verdrängungsprozeß abspielt, in den man, macht man sich nicht selber durch das beschriebene »Denken in Kategorien« handlungsunfähig, durchaus eingreifen kann, dadurch etwa, daß man dazu beiträgt, daß der Betreffende seine Situation in allen Aspekten analysiert, daß man dazu beiträgt, Bedingungen zu schaffen, die es ihm erleichtern, eine *in seinem Interesse* liegende Entscheidung zu treffen.

Die Ausklammerung dieses Prozesses zeigt sich m.E. auch im Umgang mit denen, die nicht »durchgehalten« haben, also etwa unter dem Druck eines Verfahrens »ausgetreten« sind. Mit den meisten ehemaligen Genossen verbindet einen doch, was viele Einschätzungen angeht, immer noch mehr als mit dem Gros der Bevölkerung. Ist die zumindest manchmal anzutreffende Aggression diesen Leuten gegenüber, die ihnen gegenüber betriebene Isolierung und Ausgrenzung, die deren mögliche eigene Tendenzen in diese Richtungen nur verfestigt statt sie aufzufangen, nicht auch Ausdruck des Umstandes, daß man selber hätte *auch* so handeln können, daß einem die *eigenen*, mehr oder weniger (vor sich selbst) totgeschwiegenen Ängste, Zweifel etc. sozusagen leibhaftig vor Augen treten und sich damit auch der Vorgang der erwähnten gegenseitigen Isolierung bei der Verarbeitung psychischer Probleme nun in verschärfter und weniger leicht widerrufbarer Form geltend macht?

Man mag hier einwenden, das sei doch nicht immer so; diese Art des Umgangs mit »Ehemaligen« sei doch eher die Ausnahme. Nun geht es hier aber nicht um Durchschnittswerte. Wenn es nur *einige* Fälle der angedeuteten (Nicht-)Umgangsformen gibt (und Alltagserfahrung und theoretische Erwartung lassen vermuten, daß es *nicht* nur einige Fälle sind), dann ist das Grund genug, darüber nachzudenken, um dies ändern zu können. (Ich möchte dabei feststellen, daß ich hier weder darauf eingehen kann, inwieweit das eben Gesagte auch auf Fälle »rein politisch« motivierten Austritts, also wegen theoretischer, politischer, strategischer Divergenzen zutrifft, noch darauf, inwieweit sich dort »persönliche« Motive und theoretisch-politische Einschätzungen mischen.)

Wenn man die Erfolge der Berufsverbote ernst nimmt, begibt man sich, wie ja schon geschehen, auf die *Ebene psychischer Probleme*. Man läuft dann Gefahr, vorgeworfen zu kriegen, nicht nur durch miesmacherische Meldungen den Kampf zu schwächen — so, als ob die

Nichtzurkenntnisnahme von negativen Bedingungen diese wirklich ausschalten würde, eine Annahme, die einem bei materiellen Prozessen kaum in den Sinn käme (außer man ist ein bürgerlicher Wissenschaftler vom Schlage der symbolischen Interaktionisten) —, sondern ihn auch noch dadurch weiter zu schwächen, daß man ihn *psychologisiert*. Also: *Psycho-Kack statt Soli organisieren*. Dem liegt offenbar die Vorstellung zugrunde, daß die Thematisierung subjektiver Befindlichkeit eine Schwächung der Kampfbereitschaft ist oder mit sich bringt, ein narzißtisches Sich-Suhlen im Psycho-Matsch die Veranstaltung einer »Psycho-Peep-Show« gar ist, daß also *jede* psychologische Auffassung von Subjektivität, ja diese selber sogar, verdächtig ist, ein Störfaktor im demokratischen Kampf. »Entwichtigung« eigener emotionaler Befindlichkeit ist dann »einer der Schlüssel zur Bewältigung« subjektiver Probleme.

Der Kern dieser sich antipsychologistisch verstehenden Argumentation liegt nun darin, daß man mit der programmatischen Empfehlung der Entwichtigung subjektiver Befindlichkeit nicht nur Ängste, Zweifel, Schwächen durch die »Öffnung des Blickes für die Lehren aus der Geschichte«¹ o.ä. wegredden zu können glaubt, sondern daß hier politischer Kampf und eine (befriedigende) subjektive Befindlichkeit generell gegenübergestellt werden, daß der *Kampf als das Unpersönliche*, das »*Persönliche*« aber als das *Nicht-Kämpferische* gilt, man sich also im *Kampf aufopfert*. Daß man sich dabei gegebenenfalls seines ungebrochenen Rückgrats erfreut, ist dann eher eine Art Entschädigung für die Mühsal des Kampfes und die geopfert eigentliche subjektive Befindlichkeit, die selber unvermittelt bleiben. Oder: Die Aufforderung zur Entwichtigung der subjektiven Befindlichkeit zu Kampfzwecken und die gleichzeitige subjektive Erfüllung durch persönliche Ungebrochenheit stehen schlicht in einem Widerspruch zueinander, der allerdings, so scheint mir, gedanklich aufzulösen ist.

Psychologisierung meint z.B. eine Kompetenzüberschreitung der Psychologie, was auch dann ein Problem, nämlich falsch ist, wenn es in bester Absicht geschieht. Das ist etwa so, wenn der Psychoanalytiker H.E. Richter in seinem Plädoyer für die Abrüstung (in: Druck und Papier, Nr. 24, 1.12.1980, S.26-29) den Systemunterschied zwischen den USA und der UdSSR dadurch nivelliert, daß er für beide eine einseitige Projektion der Gefahr auf den Außenfeind konstatiert. Wenn es in Analysen von weltpolitischen Prozessen derart »menschelt«, gerät der Hauptwiderspruch der Epoche natürlich aus dem Blickfeld. Mit derartiger Psychologisierung ist weiter verbunden eine unzutreffende Auffassung psychischer Prozesse selbst, was insofern auf der Hand liegt, als sich die Kompetenzüberschreitung der Psychologie bei richtig gefaßten psychischen Prozessen quasi von selbst verbietet. So werden

z.B. die psychischen Prozesse nicht aus ihren materiellen Bedingungen erklärt, sondern umgekehrt, womit gleichzeitig die Ursachen für psychische Probleme *im* Individuum verortet werden müssen etc.

Ein gesundes Mißtrauen gegenüber der Psychologie und ihren bezahlten Vertretern, den Psychologen, halte ich für eine ausgesprochen vernünftige Haltung, die der jahrzehntelangen Erfahrung mit Psychologen entspricht. Ob sie Kritik und Protest als charakterliches Defizit o.ä. mißdeuten und damit etwa eine als »psychologisch« begründet ausgegebene politische Personalselektion vornehmen, ob sie Klassenkonflikte im Betrieb auf die unausgegorene Psyche der Arbeiter zurückführen und auf Beruhigungsmittel sinnen, ob sie die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit ausschließlich mit psychologischen Mitteln und Tricks beheben wollen, ob sie an Schülerselektionen beteiligt sind etc. — im allgemeinen führt diese Zunft nichtpsychisch bedingte Konflikte auf Psychisches zurück, verkürzt sie den Blick auf das Psychische, verstellt also den Blick für die wirklichen Ursachen, die damit auch nicht zu beseitigen sind.

Auf der anderen Seite wäre es abwegig, psychische Prozesse nur deshalb zu leugnen oder zu entweichen, weil es schlechte Psychologen gibt. Wenn man vom subjektiven Faktor redet, und damit nicht nur meint, daß es überhaupt Menschen gibt, sondern eben Menschen mit ihren eigenen Erfahrungen, Hoffnungen, Ängsten, Beziehungen, Leidenschaften etc., dann muß man diese psychischen Prozesse auch ernst nehmen und sich ihnen stellen, weil sie sich nämlich sonst sozusagen naturwüchsig, »hinter dem Rücken«, durchsetzen, so daß man ihnen quasi bewußtlos ausgeliefert ist (ein Beispiel war die mögliche Aggression von Durchhaltern gegenüber Opportunisten). Außerdem ist die Nichtzurkenntnisnahme, *die programmatische Entweichung gar psychischer Prozesse, kein Schutz vor Psychologisierung. Im Gegenteil: die erwähnte Kategorisierung: hier Opportunisten — da Durchhalter ist nämlich nichts anderes als eine Psychologisierung*, die psychische Prozesse (oder »Ergebnisse«) an die Stelle der Bedingungen setzt, die in der subjektiven Befindlichkeit reflektiert werden.

Die schon erwähnte Hilflosigkeit, die aus dieser Art ungewollter, aber real wirksamer Psychologisierung resultiert, wird deutlich, wenn von den in diesem Denken Befangenen etwa die Frage gestellt wird: »Soll man mit denen (Lehrern, die aus Angst in der Schule keine Brechtgedichte 'durchnehmen', Spartakisten, die nach dem Examen nicht in die DKP eintreten) in die Diskussion über mögliche (?) psychische Probleme einsteigen, die durch Sanktionen für politisches Engagement hervorgerufen werden können?« Ja, um Gottes willen, *mit wem denn sonst?* — Einmal liegt dieser Art von Sprachlosigkeit die Auffassung zugrunde, daß das Reden über Angst diese vergrößern könne, so

daß man es besser sein lasse. Da damit ja nicht ernsthaft gemeint sein kann, ein *Verschweigen* der Probleme beseitige die Angst (die ja gerade aus der *Kenntnis* der Probleme resultiert), muß es sich um die Auffassung handeln, daß ein Angsthase durch einzelheitliche Schilderung angstmachender Faktoren (worin sich offenbar die psychologische Phantasie im Reden über Angst erschöpft) noch ängstlicher wird. Die abstrakte Entgegensetzung von Opportunisten und Durchhaltern erweist sich so auch als *elitär*: Wer es nicht glatt auf Anhieb schafft, schafft's wohl nie — er ist auf dem sicheren Weg in die »reaktionäre Masse« (Lassalle).

Der Versuch, psychische Prozesse programmatisch zu entwickeln, führt also selber zu einer elitären und handlungsunfähig machenden Psychologisierung, die — sozusagen charakterologisch — psychische Prozesse an die Stelle ihrer Bedingungen setzt.

Psychologie, wie wir sie verstehen, meint aber die Analyse psychischer Prozesse, die Analyse der subjektiven Befindlichkeit auf *die* Bedingungen hin, die sie reflektieren, um so in die Lage versetzt zu werden, negative, die eigene und anderer Entwicklung und Befindlichkeit behindernde bzw. beeinträchtigende Bedingungen in kollektiver Aktion zu verändern. Unter gesellschaftlichen Bedingungen, die be- oder verhindern, daß die Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu ihrem eigenen Nutzen und gleichzeitig nützlich für andere einbringen, daß mit dem, was sie erarbeiten zusammen mit anderen, auch eine langfristige Sicherung ihrer Existenz möglich wird, die es ihnen erlaubt, unbeschwert ihre freie Zeit zu genießen, ihren Interessen und Bedürfnissen nachzugehen etc.; unter Verhältnissen also, die dies alles gravierend behindern, die die Handlungsmöglichkeiten der Menschen einschränken und ihre subjektive Befindlichkeit so beeinträchtigen, ist die Teilhabe am Kampf gegen derartige Verhältnisse, so meinen wir, die zentrale Möglichkeit für eine maximale Entfaltung der Persönlichkeit, gemessen an dem, was historisch möglich ist. Umgekehrt muß die Nichtteilnahme am Kampf zum Zweck, sich *privat* behaglich in einer objektiv unwohnlichen Welt einzurichten, Auslieferung an diese negativen Bedingungen bedeuten, also erhöhte Unsicherheit und Angst.

Das heißt aber auch, daß politischer Kampf und persönliche Glücksansprüche sich eben nicht ausschließen. Diese sind keine abstrakten Absoluta, die, bezogen auf unsere biographische Perspektive, wohl auf den St.-Nimmerleinstag Weltkommunismus aufgeschoben, also *faktisch aufgegeben* werden müssen. D.h. daß vielmehr Glücksansprüche selber immer historischen Realisierungsmöglichkeiten und -behinderungen unterliegen, *immer gestellt werden müssen*, und daß die *einzigste historische Möglichkeit zur maximalen Realisierung dieser Ansprüche in der Teilhabe am Kampf um allgemein bessere Realisierungsbe-*

dingungen besteht. Dies ist auch die einzige Erklärungsmöglichkeit dafür, daß *Berufsverbotsbetroffene gleichwohl in ihrem Kampf ihre ureigensten Interessen vertreten*, daß sie gegenüber ihrer Organisation keinerlei Anspruch auf irgendeinen Dank haben, und daß die Behauptung des *Märtyrertums* der Betroffenen an ihrer eigenen Interessiertheit im genannten Sinn vorbeigeht. Die *einzige* Erklärungsmöglichkeit deshalb, weil jede Abschwächung des Zusammenhangs von Teilhabe am politischen Kampf und der maximalen Realisierung persönlicher Entwicklung auf ein kollektives Märtyrertum hinausläuft. Märtyrer, damit es unsere Kinder mal besser haben. Daraus folgt auch, daß die Verleugnung der Bedeutung der subjektiven Befindlichkeit gleichbedeutend ist mit der *faktischen Bestätigung des Märtyrertums*. (Mit diesen Ausführungen ist natürlich nicht gemeint, daß jeder Moment des Kampfes Moment höchster Beglückung wäre [dann wären unsere Veranstaltungen und Demonstrationen wohl ziemlich überlaufen], sondern nur, daß es historisch *keine andere Möglichkeit* gibt. Daß es *paradox* erscheint, daß die historisch mögliche maximale Absicherung in ihrer Realisierung das zeitweilig erhöhte Risiko persönlicher Gefährdung bedeutet, ist leider nicht zu ändern, aber der zentrale Grund für den persönlichen Opportunismus.)

Das Abstreiten der Bedeutung subjektiver Befindlichkeit für den politischen Kampf bestätigt nur das Vorurteil vom seelenlosen kommunistischen Kämpfer, dem auch die aufsitzen, die sich deshalb *nicht* organisieren, weil sie meinen, Kollektivität und Entfaltung der Persönlichkeit schließen sich aus, weil auch sie Organisation als bloße Ein-Ordnung unterbestimmen. Vor allem aber ist die Leugnung derartiger Probleme, Ängste etc. durch Verweis auf die Notwendigkeit des Kampfes überhaupt ein ungeheuer *unterdrückerisches* Argument gegen die Thematisierung dieser Ängste und für die Isolierung der Genossen voneinander. Diesselbe unterdrückerische Funktion hat es übrigens auch, wenn die Thematisierung von Angst mit dem Hinweis darauf abgewürgt werden soll, daß es früher noch schlimmer war oder woanders schlimmer ist. Im übrigen, so ist zu vermuten, ist die forcierte Leugnung eigener Angst vor allem eine forsche Abwehr dieser Angst — es sei denn, das Reich der Betroffenen ist nicht von dieser Welt, und schon gar nicht von dieser Gesellschaft. Diese Art von unterdrückerischer Argumentation hat aber nicht nur Disziplinierungsfunktion, sie ist auch *sinnlos*, da ohne Wirkung — bis auf die wahrscheinlich selbstbestätigende Wirkung denen gegenüber, die sie benutzen. Gesagt zu kriegen: Du bist nicht nur ein Angsthase, sondern noch ein besonders kleinlicher dazu, geht ebenso am realen Problem vorbei wie das emphatische Beschwören trivialisierter historischer Gesetzmäßigkeiten, die im übrigen denen, die Angst vor kollektivem Handeln haben, bekannt sind, da sie ja

vor dem Widerspruch stehen, »eigentlich« zu wissen, daß »man etwas tun müßte«, dies aber andererseits verdrängen etc. zu wollen. Die skizzierte Argumentation erschöpft sich in einem abstrakten Appell, dessen Sinnlosigkeit sich in dem Kindervers verdeutlicht: Junge sei mutig, Junge sei schnell, spring über deinen Schatten auf der Stelle. Die Sinnlosigkeit und verrückte Problemverschärfung, die mit derartigen Aufforderungen verbunden ist und die den meisten vor allem aus ihrer Kindheit in quälender Erinnerung sein dürfte, ist von der Kommunikationstheorie an dem Befehl: sei spontan! analysiert werden.

Die einzige Wirkung selbstbestätigender Phrasen ist gemäß empirischer Erfahrung, daß diejenigen, die den so kritisierten Weg gehen (wollen), sich von diesen Phrasen abgestoßen und verstoßen fühlen, womit das Denken in Kategorien in derartigen Argumentationen und Abgrenzungen selber die Wirklichkeit zu strukturieren beginnt und sich so seine erneute Selbstbestätigung organisiert — self fulfilling prophecy.

Warum wohl reden Betroffene nicht über ihre Ängste? Etwa entmutigt durch die 'glatte' Erledigung des Problems durch andere, hinter die man nicht zurückfallen will bzw. sich nicht zurückzufallen getraut (um nicht auch von den Genossen isoliert zu werden, deren Achtung zu verlieren etc.)? Verführt nicht das allgemeine Verschweigen der Ängste, Zweifel, Anfechtungen, ihre Entwichtigung als »Schwierigkeiten« etc. den einzelnen dazu, seine eigenen Probleme vor anderen und letztlich vor sich selbst geheimzuhalten und ihnen damit aber ausgeliefert zu bleiben? Von erfahrenen Widerstandskämpfern kommt die Erkenntnis, daß nicht derjenige, der Angst hat, sondern allein derjenige, der sie leugnet, für die Bewegung gefährlich, da in seinen Reaktionen unberechenbar und so unzuverlässig und am ehesten zum 'Absprung' bereit ist. Eine Erfahrung, die im kommunistischen Neudeutsch so formuliert ist: »Die 150 % igen nippeln zuerst ab.«

Auch wenn u.U. der eine oder andere seine Probleme individuell lösen konnte: Auf jeden Fall hat das Verschweigen der subjektiven Schwierigkeiten die Folge, daß andere nichts aus seinen Erfahrungen, nichts über die Art und Weise, die Mittel und Wege, wie er mit ihnen fertig geworden ist, lernen können. Weder die, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, noch die, die es gar nicht erst so weit kommen lassen, Berufsverbotsfälle zu werden, die sich mit ihren Ängsten in denen, die durchhalten, nicht wiederfinden können, für die dann das »Durchhalten« als eine nur von starken »Naturen« o.ä. zu bewältigende Anforderung erscheint, für die sie »einfach nicht geschaffen« sind. Das Verschweigen der subjektiven Schwierigkeiten durch den Betroffenen, sein (»heldisches«?) Verhalten ist somit schlicht privatistisch und schadet objektiv der Bewegung. Es gibt eben *nicht* zwei Kategorien von Menschen, sondern eben nur Menschen, die sich in je bestimmter

Weise mit ihrer Umwelt auseinandersetzen.

Ich stellte oben fest, daß das Wegreden fremder (und eigener) Angst in seinem unterdrückerischen und inhumanen Charakter die Funktion einer *äußerlichen Normsetzung* hat, die in doppelter Hinsicht im Widerspruch zu unserer Auffassung und Vorgehensweise steht. Zum ersten: Die hier vorgenommene Privatisierung, Einkapselung subjektiver Befindlichkeit entspricht Verhältnissen, in denen gesellschaftliche Anforderungen die subjektive Lage der Individuen mißachten, wobei diese Mißachtung aber nicht den Anforderungen selbst angelastet wird, sondern zu einem rein innerpsychischen Problem gemacht werden soll, das jeden nur allein angeht. Diese im übrigen psychologisierende Verschleierung oder Mystifikation derartiger Verhältnisse ist nur dadurch aufzubrechen, daß es ein *öffentliches Kriterium* für Anforderungen ist, wieweit sie die subjektive Lage der Individuen verbessern können (vgl. hierzu: Klaus Holzkamp, Was heißt »normale« Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit?, in: Das Argument 123, 1980, S.650-657, bes. S.655ff.). Diese Art Öffentlichkeit durchbricht mit der Isolation der Leute voneinander auch den *Schein der Privatheit ihrer Befindlichkeit*. Das heißt wiederum, so paradox es klingen mag, daß *das Wegreden der Subjektivität nichts als eine Form der Psychologisierung psychischer Probleme ist*.

Wer nun dem Schein der Privatheit der subjektiven Befindlichkeit in besonderer Bornierung aufsitzt, der kann das Öffentlichmachen subjektiver Befindlichkeit nur noch in den Kategorien *Exhibitionismus* und *Voyeurismus* sehen und demgemäß nur noch fragen: »Warum Berufsverbote als *Psycho-Peep-Show?*«² Die genannte bornierte Vorstellung vom je Einzigem und seinem psychischen Eigentum läßt natürlich den Gedanken an die *Verallgemeinerbarkeit* psychischer Probleme (die ja auch psychologistisch *nicht* auf ihre Bedingungen zurückgeführt werden) nicht zu, so daß ihre Thematisierung nur im Wühlen in einer Intimsphäre vorgestellt werden kann. Diese Bornierung ist aber nicht nur im Interesse derer aufzuheben, die ihr unterliegen, sondern auch im Interesse derer, die damit *denunziert* werden: das unterdrückerisch-elitäre Wegreden von Subjektivität gewinnt nämlich hier eine schlicht *denunziatorische Dimension*: Wer über seine Angst redet, prostituiert sich. Und wer zuhört, dabei ist, mitmacht, ist Voyeur (was relativ vornehm ausgedrückt ist). Das Bild ist bezeichnend: Sowohl die Peep-Show als Institution wie der zitierte Vergleich sind die blinde (materielle und ideelle) Reproduktion einer ver-rückten Wirklichkeit: der Gesellschaftlichkeit in Form einer alle Lebensbereiche bis ins Groteske druchdringenden Privatheit.

Wir können unsere bisherigen Überlegungen nun so formulieren: Wenn die Realisierung des je historisch möglichen Maßes an Angstfrei-

heit, sinnlichem Genuß, an Entfaltung der Persönlichkeit und Qualität der subjektiven Lage nur *im Kampf gegen die Verhältnisse erreichbar ist, die das Wohlbefinden ihrer Gesellschaftsmitglieder negieren*, muß dieser Zusammenhang auch ausweisbar sein. Der *Versuch der Überzeugung auch von der subjektiven Notwendigkeit des Kampfes kann also nicht durch Abstraktion vom Problem der subjektiven Befindlichkeit diese negieren*.

Nun ist dieser Zusammenhang aber, wie die Empirie zeigt, weder automatisch klar noch automatisch gegeben. Die menschliche Entwicklungsnotwendigkeit und -motivation zu erweiterter Verfügung zusammen mit anderen über die individuell relevanten gesellschaftlichen Lebensbedingungen stößt ja nicht nur auf eigene widersprüchliche Tendenzen, Anstrengungen und Risiken, die diese Entwicklung notwendig mit sich bringt, zu vermeiden. Diese Entwicklung kollidiert unter bürgerlichen Verhältnissen in einer besonderen Schärfe mit herrschenden Interessen an bloß begrenzter, gebremster Entwicklung der Gesellschaftsmitglieder. Der diesen Interessen gemäße »Vorschlag« der Selbstbeschränkung, und die ideologische Verpackung, in der diese Vorschläge unterbreitet werden (alltägliche Beispiele sind Sprüche wie: »jeder ist sich selbst der nächste«; »Hannemann, geh du voran« etc.), gehen dabei leicht quasi ein Bündnis mit den eigenen Beharrungstendenzen ein, was dadurch erleichtert wird, daß hinter den ideologischen Angeboten handfeste Drohungen, d.h. die direkte Mobilisierung von Ängsten stehen.

Ein *psychischer Konflikt* tritt nun vorzugsweise dann auf, wenn die Unzulänglichkeit, Eingeschränktheit eigener Lebensführung erkannt und entsprechend subjektiv gewertet worden ist, ihre Erweiterung (oder aber nur Aufrechterhaltung) mit dem Entzug der Existenzgrundlage durch die Mächtigen bedroht ist. Genau dies ist der Fall beim Berufsverbot, das in dieser Sichtweise nicht isoliert, sondern als bestimmte Form der schon mehrfach erwähnten gesellschaftlichen Auseinandersetzung um erweiterte Verfügung über die Lebensbedingungen erscheint.

Wenn nun dieser Konflikt analysiert wird, was ja bislang immer schon zumindest implizit der Fall war, so würde es unserer Herangehensweise und unseren Intentionen völlig widersprechen, Normen zu setzen, denen sich die Individuen zu beugen haben. Damit ist der zweite der beiden Widersprüche unseres Vorgehens gegenüber dem des Wegredens von Angst benannt. Die Vorstellungen und Begriffe, die hier eingehen, schreiben nicht irgendwelche Idealvorstellungen fest, sondern es soll etwas durchschaubar gemacht werden, und zwar das *Verhältnis* zwischen den Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu einer erweiterten Verfügung über die Lebensumstände, damit auch Angstüber-

windung etc. einerseits und den Behinderungsbedingungen, die dem entgegenstehen, andererseits.

Diese Bestimmungen sollen nicht der Kontrolle über Menschen dienen, sondern als Hilfsmittel zur Verfügung stehen für die Kontrolle der Menschen über ihre Lebensumstände.

Wenn solcherart die Berufsverbotesituation analysiert wird (was ich etwas genauer in der »Demokratischen Erziehung«, 6, 1980, S.644-650, getan habe), heißt das demgemäß auch, daß damit keine Problemlösung *für* die Betroffenen angestrebt wird oder beabsichtigt sein kann, sondern lediglich der Versuch einer *Problemstellung* in einer Weise, die sich bemüht, verallgemeinert die spezifischen Realisierungs- und Hemmungsbedingungen einer Subjektentwicklung so aufzuweisen, daß sie für die betreffenden Individuen möglicherweise besser durchschaubar und ihre Entscheidungsbedingungen verbessert werden. *Sowohl die Entscheidung als auch die Konkretisierung der Analyse ist Sache der Betroffenen selber*, von denen im übrigen auch die Aufforderung zur Analyse stammte.

In dieser nur durch die Betroffenen selbst zu leistenden Analyse könnte dann auch eine Art von Verallgemeinerung individueller Erfahrung erreicht werden, die *potentiell* Betroffenen die Analyse ihrer eigenen Situation erleichtert, gerade in dem Sinne, daß dann auf diese Weise real Betroffene wirklich Beispiel- und Vorbildfunktion gewinnen *können*. Die Kommunizierbarkeit subjektiver Erfahrung hat dabei nicht nur diese Funktion, sondern, wie gesagt auch die, die eigene Entscheidung subjektiv klarer zu machen, nicht aus einer isolierten Situation heraus in Resignation zu fallen usw.

Derartigen Analysen, den damit gewinnbaren Beispielfunktionen etc. kommt indes insofern immer nur eine *sekundäre* Funktion zu, als sie die *realen* Entwicklungsbehinderungen, denen sich das Individuum entgegengestellt sieht, immer schon voraussetzen. *Der Kern des Kampfes gegen die Berufsverbote und gegen den damit intendierten Opportunismus liegt in der initialen praktischen Empörung gegen aus der Sicht des Individuums unhaltbar gewordene Zustände*, seien dies die Berufsverbote selbst, seien dies Kernkraftwerkspläne, Autobahnbaupläne, leerstehende Häuser, skandalöse Lohnangebote etc.

Die hier diskutierte Problematik besteht da bzw. wird da virulent, wo trotz subjektiv unhaltbar gewordener Zustände das Individuum unter subjektivem Leidensdruck bzw. erheblicher Abwehranstrengung in Antizipation persönlicher Risiken erkannte Handlungsmöglichkeiten nicht wahrnimmt bzw. hinter ein bereits erreichtes Handlungsniveau zurückzufallen droht.

Dies eben ist beim Berufsverbot, zugespitzt in der Anhörungssituation der Fall, was hier nicht mehr im einzelnen analysiert zu werden

braucht. Was zu zeigen ist, ist, daß der Vorteil, sich durch Unterwerfung einen Arbeitsplatz zu erkaufen, sich als kurzschlüssig erweist. Dieser Gewinn der materiellen Existenzsicherung kann nur fort dauern, wenn das Individuum die Grundlagen seiner bisherigen Lebenspraxis aufgibt. Der damit verbundene Verzicht auf bewußte, subjektbestimmte Lebensführung und kollektives Handeln hat zur Folge, daß der kurzfristige Vorteil in sein Gegenteil umschlägt — *die vollständige Ausgeliefertheit an das Wohlwollen der Mächtigen*. Denn sich immer wieder neuen Situationen anpassen zu müssen, die zu erwartende, dem initialen Einschüchterungserlebnis sich verdankende Hypostasierung immer neuer Anpassungsgebote *schließt eine bewußte, gemeinsam mit anderen erfolgende Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen, damit das historisch größtmögliche Ausmaß an Abgesichertheit und auch Genußfähigkeit aus*.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, das Problem des persönlichen Opportunismus sei, wenn es einmal gelöst ist, beispielsweise beim Eintritt in die kommunistische Partei, sozusagen ein für allemal gelöst. Dafür sprechen weder theoretische Überlegungen noch lebenspraktische Erfahrungen.

Es wäre z.B. interessant, darüber Überlegungen anzustellen, aus welchen Gründen sich jemand organisiert und inwieweit die weitgehend bestehen gebliebenen Organisationsmotive fördernde oder hemmende Bedingungen bei »Bewährungsproben« wie dem Berufsverbot sind. Wer beispielsweise in erster Linie Geborgenheit suchte, kann sich leicht verheizt vorkommen, wenn ihm auf einmal Berufsverbot droht. Wer in einer Aufschwungphase eintrat, kann leicht ins Schleudern geraten, wenn er immer wieder erfahren muß, einer Nullkomma-Partei anzugehören.

Außerdem, wer »durchhält« und infolgedessen (nicht zwingend, aber häufig) den erstrebten Arbeitsplatz *nicht* erhält, begibt sich gezwungenermaßen einer Möglichkeit demokratischer Berufspraxis. Hier ergeben sich beispielsweise Verwischungsmöglichkeiten zwischen Opportunismus und Taktik, die *nur kollektiv* getrennt werden können. Die reale Widersprüchlichkeit derartiger Situationen ist mit Sicherheit ein klare Entscheidungen erschwerendes Moment.

Unter diesem Druck und diesen Bedingungen ist eine durch Nachgeben, Rückzug o.ä. erwirkte Einstellung in den öffentlichen Dienst von einer Realitätsbezogenheit, die als Schwäche, Opportunismus anzuklagen nicht weiterhilft. Auch nur versuchsweise derartige Genossen als »Strichjungen« zu denunzieren, wie Peter de Lorent das tut in seinem Buch (in diesem »Berufsverbotsroman« »Die Hexenjagd« sind übrigens Zweierbeziehungen und das Verhältnis zur Partei faktisch ausgespart), ist hilflos denunziatorisch. Stattdessen gilt es, die persönlichkeitszerstö-

renden und die vermeintliche Einflußoptimierung behindernde Konsequenzen dieses Zurückweichens aufzuweisen und so weit wie möglich aufzufangen.

Es ist nämlich auch nicht mit letzter Konsequenz zwingend, daß einmaliges Zurückweichen ewiges Zurückweichen bedeutet. Auch dagegen spricht die Empirie.

Die wesentliche Voraussetzung dafür, daß opportunistische Tendenzen nicht bestimmend werden, besteht darin, daß die Lage des Betroffenen, *soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen erreichbar ist, wirklich so aussichtslos nicht ist.* Solidarität mit den vom Berufsverbot Betroffenen ist eine wesentliche der Bedingungen, daß der Betreffende den wirklichen Handlungsspielraum gewinnt, mit seinem eigenen Interesse das allgemeine — an gesellschaftlicher Emanzipation — und den Beteiligten gemeinsame zu vertreten. Sich unterkriegen zu lassen, ist nicht nur eine Bewußtseinsfrage, *sondern zentral abhängig von realen, nur kollektiv zu schaffenden Handlungsmöglichkeiten*, von deren Weite im übrigen auch weitgehend abhängt, wo die Grenze zwischen notwendig taktischem Verhalten und opportunistischem Zurückweichen liegt. *Kriterium muß die Handlungsfähigkeit der Bewegung sein.* In meinem Beitrag ging es um deren subjektive Voraussetzungen.

Anmerkungen

- 1 Die (Gegen-)Positionen, an denen ich meine eigene Auffassung verdeutliche, sind überwiegend dem Berufsverbotediskurs entnommen, der Mitte des Jahres in den Nummern 11, 14, 15, 17, 19, 21 und 23 der »Deutschen Volkszeitung« geführt wurde.
- 2 Da *dieses* Zitat schier unglaublich ist und damit in seiner Authentizität unglaubwürdig wirkt, nenne ich hier in Abweichung von dem unter Anm. 1) angegebenen Verfahren Autoren und Fundstelle: Jutta May und Peter de Lorent, Das Risiko kann man niemandem abnehmen, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 23, 1981, S.5.